Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 80 (2000)

Heft: 4

Artikel: Wer regiert mit wem? : Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) und ihre politischen Gegner

Autor: Münz, Rainer

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-166266

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rainer Münz

WER REGIERT MIT WEM?

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) und ihre politischen Gegner

Wolfgang Schüssel hat es geschafft. Mit seiner Ernennung zum Bundeskanzler endeten in Österreich 30 Jahre sozialdemokratischer Hegemonie und 13 Jahre einer von Legislaturperiode zu Legislaturperiode immer weniger beliebten grossen Koalition. Der Preis ist freilich ein hoher. Schüssel regiert mit Hilfe der FPÖ. Und die wurde unter der Führung Jörg Haiders gross, den halb Europa für einen gefährlichen Rechtspopulisten hält. Daran ändert auch Jörg Haiders vorübergehender Rückzug aus der österreichischen Bundespolitik nichts.

Wolfgang Schüssels Triumph über den glücklosen *Viktor Klima* lässt die Ausgangslage beinahe vergessen: Bei den Wahlen am 3. Oktober 1999 bekamen Österreichs Christkonservative so wenig Stimmen und Mandate wie noch nie. Jene Partei, die das Land in den sechziger Jahren mit absoluter Mehrheit regiert hatte, mobilisiert nun gerade noch ein Viertel aller Wähler. Dafür gibt es mehrere Ursachen. Eine davon ist die langsame Auflösung jener katholischen Milieus, in denen die Wahl einer anderen Partei als der ÖVP nie in Frage gekommen wäre. Eine andere Ursache ist der Strukturwandel der letzten Jahrzehnte. Er macht einer Partei wie der ÖVP, die sich vor allem als Vertreterin der Interessen von Bauern, Kleingewerbetreibenden und Beamten sieht, besonders zu schaffen.

Die 1945 gegründete ÖVP trat historisch das Erbe jener Christlichsozialen an, die die Geschicke des Landes schon von 1920 bis 1938 regiert hatten. Nach der Ausschaltung des Parlaments im Jahr 1933, dem militärischen Sieg über die Sozialdemokraten im Bürgerkrieg von 1934 und dem Verbot der Nationalsozialisten waren die Christlichsozialen gemeinsam mit der katholischen Kirche für vier Jahre sogar einzige staatstragende Kraft, bevor der Anschluss an Deutschland die Eigenstaatlichkeit Österreichs beendete.

Gegner der Christlichsozialen waren einerseits die Deutschnationalen, aus denen später die österreichischen Nazis hervorgingen, andererseits die sozialdemokratisch geführte Arbeiterbewegung. Die Gegnerschaft zu den Deutschnationalen hat Wurzeln, die bis in die Zeit der Gegenreformation zurück reichen. Denn im 17. Jahrhundert wurden katholische Kirche und Klerus zur wesentlichsten Stütze habsburgischer Herrschaft, während Teile des Bürgertums und viele Bauern auf ein Bündnis mit den protestantisch regierten Staaten Deutschlands setzten. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert wurden daraus zwei höchst unterschiedliche politische «Lager».

Wer gegen Habsburg, Rom und den Fortbestand des Kaiserreichs Österreich war, sah seine Zukunft in einem gemeinsamen deutschen Nationalstaat. Dafür gingen schon die Revolutionäre des Jahres 1848 auf die Barrikaden. Sie hissten auch in Wien die Farben Schwarz-Rot-Gold. Und dieses Ziel verfolgten in der österreichischen Reichshälfte des 1867 geschaffenen Doppelstaates Österreich-Ungarn gleich mehrere Parteien, die sich grossdeutsch, deutschliberal oder deutschnational nannten. Adel, Kirche und Klerus hielten dagegen an der Idee eines katholisch-übernationalen Reiches unter Habsburgischer Führung fest. Und die katholischen Eliten des Landes konnten sich nach 1918 auch eher mit der Schaffung des Kleinstaates Österreich abfinden. Denn hier hatten sie weiterhin das Sagen. In einem preussisch dominierten Deutschland wäre ihr politischer Einfluss hingegen marginal geblieben.

Die Gegnerschaft gewann an Dynamik, als die Christlichsozialen 1933/34 nach dem Vorbild des faschistischen Italien in Österreich einen autoritären Ständestaat errichteten. Dagegen putschten Österreichs Nationalsozialisten im Juli 1934 und ermordeten Kanzler *Engelbert Dollfuss*. Österreichs NSDAP wurde darauf hin verboten, führende Mitglieder verhaftet, andere flüchteten nach Deutschland. Bereits 1938 bekamen sie Gelegenheit zur Revanche. Führende christlichsoziale Politiker gehörten zu den ersten ins KZ Dachau deportierten Österreichern.

Mussolini als Modell

Die Gegnerschaft der Christlichsozialen zur Sozialdemokratie ist historisch jüngeren Datums. Sie hatte einerseits mit dem strikten Antiklerikalismus der so-

zialistischen Arbeiterbewegung zu tun. Andererseits empfanden die katholischen Eliten das politische Programm der Sozialdemokratie – zu Recht – als radikale Absage an Monarchie und christlichen Staat. Schliesslich konkurrierten Christlichsoziale und Sozialdemokratie in der entstehenden Massendemokratie zum Teil um die selben Wählerinnen und Wähler. Insbesondere bei Landarbeitern, Hausgehilfinnen und Industriearbeitern bäuerlicher Herkunft war nicht ausgemacht, von welcher der beiden Parteien sie sich eher vertreten fühlten. Nach 1920 wurde aus dieser Rivalität echte Feindschaft, weil beide Seiten Anspruch auf die Macht im Staat erhoben. Sowohl die regierenden Christlichsozialen als auch die oppositionellen Sozialdemokraten durften überdies mit einem gewissen Recht vermuten, die jeweils andere Seite favorisiere politische Lösungen jenseits der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und warte auf die historische Gelegenheit zu ihrer Verwirklichung. Tatsächlich erblickten die Christlichsozialen in *Mussolinis* faschistischer Herrschaft ein attraktives Modell und suchten die Anlehnung an Italien, während es in der österreichischen Sozialdemokratie zweifellos Sympathien für die Sowjetunion gab.

Die desaströsen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und die wachsende Zahl autoritär regierter Staaten in Europa bestärkten viele christlichsoziale Politiker in ihren Zielvorstellungen. Nach der Ausschaltung des Parlaments im Jahr 1933 eskalierte die Auseinandersetzung. Im Februar 1934 kam es zum Bürgerkrieg, den die Regierung unter Kanzler *Engelbert Dollfuss* unter Einsatz von Bundesheer und paramilitärischen Heimwehren für sich entschied. Danach wurde der autoritäre Ständestaat ausgerufen. *Dollfuss* überlebte seinen Triumph bekanntlich nur um ganze fünf Monate. Ein Portrait von ihm ziert bis heute die Räume der ÖVP-Fraktion in Österreichs Parlamentsgebäude an der Wiener Ringstrasse.

Nach der Wiedererrichtung Österreichs im Jahr 1945 entstand mit Zustimmung der Alliierten eine Allparteien-Regierung unter Einschluss der Kommunisten, die ab 1947 in eine grosse Koalition aus christlichsozialer ÖVP und Sozialdemokraten mündete. Diese Konstellation zwang Politiker an einen gemeinsamen Kabinettstisch, die noch wenige Jahre zuvor aufeinander geschossen hatten. Dass hier die Kontrahenten vom Februar 1934 nun gemeinsam regierten, ging in der öffentlichen Wahrnehmung angesichts der noch viel dramatischeren Einschnitte von NS-Zeit und Zweitem Weltkrieg unter. Die rhetorische Beschwörung eines angeblich völligen Neuanfangs *(«Stunde Null»)* tat ein übriges, die Regierungen unter den ÖVP-Kanzlern *Leopold Figl* (1945–1953), *Julius Raab* (1953–1961) und *Alfons Gorbach* (1961–1963) nicht als Koalitionen von Bürgerkriegsgegnern erscheinen zu lassen. Doch viele Beteiligte verhielten sich entsprechend: Posten, Geld und Macht wurden paritätisch geteilt, schriftlich war festgelegt, wem welche Posten und Positionen zustanden. Da die Regierungspartner einander im Grunde misstrauten, mussten alle entscheidenden Positionen doppelt besetzt werden: mit je einem Parteigänger von ÖVP und SPÖ. Zugleich sicherten sich beide Parteien je eigene, voneinander streng getrennte Einflusssphären in Wirtschaft und Gesellschaft.

1945: Absolute Mehrheit der ÖVP

Die grosse Koalition des Jahres 1945 wurde aus der Not der Umstände geboren. Das Land war zerstört und besetzt. Dies brachte selbst erbitterte Gegner des Jahres 1934 in eine gemeinsame Regierung, obwohl die ÖVP bei den Nationalratswahlen Ende 1945 die absolute Mehrheit gewonnen hatte. Dass dies keine Selbstverständlichkeit war, zeigt der Blick über die Grenze. In der benachbarten Bundesrepublik regierte *Konrad Adenauer* ohne grosse Koalition mit den Sozialdemokraten, obwohl CDU und CSU im ersten frei gewählten Bundestag über keine Mehrheit verfügten. 20 Jahre später hatte die grosse Koalition als Regierungsform in Österreich abgewirtschaftet, hinterliess einen beträchtlichen Reformstau und wurde zu Recht abgewählt. Die ÖVP gewann im Parlament die absolute Mehrheit und kam unter Kanzler *Josef Klaus* bis 1970 ohne Koalitionspartner aus. Nur wenige trauerten damals über das Ende der schwarz-roten Regierung.

Doch auch *Klaus* wurde abgewählt. Auf ihn folgte 1970 *Bruno Kreisky.* Mit ihm an der Spitze gewann die SPÖ dreimal hintereinander die absolute Mehrheit. Und auch nach seinem Abgang als Kanzler zwang *Kreisky* die ÖVP für weitere vier Jahre auf die Oppositionsbank. Er führte die SPÖ damals in eine Koalition mit der FPÖ, die *Kreiskys* Nachfolger *Fred Sinowatz* von 1983 bis 1986 eine Mehrheit im Parlament sicherte.

Die FPÖ wurde 1949 als «Verband der Unabhängigen» von einer Gruppe ehemaliger Nationalsozialisten unter *Anton Reinthaller* und einigen versprengten Liberalen aus grossdeutschem Milieu gegründet. Der damalige Innenminister *Oskar Helmer* (SPÖ) leistete den Gründern Schützenhilfe. *Helmers* Kalkül war ebenso einfach wie wirkungsvoll: Das Antreten dieser neuen Rechtspartei bei den Parlamentswahlen 1949 sollte verhindern, dass ehemalige Parteigänger und Sympathisanten der NSDAP mangels Alternative in grösserer Zahl ÖVP wählten. Prompt verlor die ÖVP 1949 im Parlament ihre absolute Mehrheit und war bis 1966 auf die SPÖ als Koalitionspartner angewiesen. Der schon damals diskutierten Variante einer Koalition zwischen ÖVP und FPÖ erteilten die Bundespräsidenten *Theodor Körner* und *Adolf Schärf* beide eine energische Absage. Später machte auch

die SPÖ der FPÖ Avancen. 1970/71 überlebte *Bruno Kreiskys* SP-Minderheitsregierung dank einer Absprache mit der FPÖ. Und 1983 kam es schliesslich zur Koalition zwischen SPÖ und FPÖ.

Kreisky wollte die FPÖ auf Kosten der ÖVP aufwerten. Zwei etwa gleich starke Parteien rechts der Mitte sollten der SPÖ als Juniorpartner zur Verfügung stehen und notfalls gegeneinander ausgespielt werden können. Er selbst hatte dabei die politische Konstellation in Schweden vor Augen. *Kreiskys* Zukunftsvision wurde inzwischen Realität, und dennoch kam alles ganz anders als geplant. Das Bündnis mit den Sozialdemokraten war nicht nur bei vielen Funktionären der Freiheitlichen äusserst unpopulär. Die FPÖ verlor 1983–1986 auch rapide in der Wählergunst. In dieser Krise gelang es *Jörg Haider,* mit Hilfe der damals noch etwas zahlreicheren Deutschnationalen die Macht in der FPÖ an sich zu reissen.

Ohne zu zögern kündigte der damalige SP-Kanzler *Franz Vranitzky* (1986–1997) daraufhin die Koalition mit der FPÖ. Es kam zu vorgezogenen Neuwahlen, bei denen die SPÖ wider Erwarten stärkste Partei blieb. Danach machte *Vranitzky* der ÖVP ein Koalitionsangebot. Diese akzeptierte das Angebot, weil ein Bündnis von ÖVP und FPÖ damals innerhalb der Christdemokraten noch nicht mehrheitsfähig war und auch von einflussreichen Gruppen innerhalb der katholischen Kirche abgelehnt wurde. Die grosse Koalition zwischen 1986 und 1999 verdankte ihre Existenz somit den radikalen Parolen, Provokationen und Wahlerfolgen *Jörg Haiders.* Er und seine FPÖ waren für die Sozialdemokratie und anfangs auch für grössere Teile der ÖVP als Partner nicht akzeptabel. Damit blieben SPÖ und ÖVP zum Regieren erneut aufeinander angewiesen. Allerdings war in diesem Zusammenhang zwar viel von *«staatspolitischer Verantwortung»,* doch nur wenig von programmatischer Übereinstimmung die Rede. Mit dem EU-Beitritt hatten sich auch die gemeinsamen Ziele der Grosskoalitionäre erschöpft.

Von Freude am gemeinsamen Regieren und Gestalten hörte und sah das Publikum in den Jahren 1987–1999 überhaupt nichts. Gemeinsame Pressekonferenzen von SP-Kanzler und VP-Vizekanzler blieben rar. Von wechselseitigem Respekt war nichts zu spüren. Gerade darin unterschieden sich *Viktor Klima* (1997–2000) und *Wolfgang Schüssel* von *Raab* und *Schärf* oder *Klaus* und *Kreisky.* Die Atmosphäre in der grossen Koalition 1987–1999 blieb getrübt.

Die Macht in den Bundesländern

In der Wählergunst verlor die ÖVP während der grossen Koalition ab 1987 stärker als die Sozialdemokraten. Zugleich fiel es Österreichs Christdemokraten zunehmend schwer, ein unverwechselbares Profil oder Programm zu entwickeln. Der interne Ausgleich zwischen den Interessen der wichtigsten organisierten Gruppen innerhalb der ÖVP – Bauern, kleine Gewerbetreibende und Beamte – erschwerte jede eindeutige Positionierung.

Erst *Wolfgang Schüssel* gelang es, diese Heterogeniät der lokalen Machtzentren zu seinem eigenen Vorteil zu nutzen. Trotz Wahlniederlagen behauptete er sich nicht bloss relativ unangefochten an der Spitze der ÖVP. Er zwang seine Partei auch ohne grössere persönliche Autoritätseinbusse, auf Bundesebene seinen jeweiligen Kehrtwendungen zu folgen. Im Wahlkampf drohte *Wolfgang Schüssel* noch mit dem Gang in die Opposition, sollte die ÖVP bei den Parlamentswahlen nur drittstärkste Kraft werden. Als es dann am 3. Oktober 1999 tatsächlich nur für den dritten Platz reichte, war viel von der Einhaltung dieses negativen Wahlversprechens die Rede: Die *«Weichen werden in Richtung Opposition gestellt»,* so *Schüssel* wörtlich. Im Dezember nahm die ÖVP trotzdem Koalitionsverhandlungen mit dem ungeliebten Partner SPÖ auf, im Januar 2000 erfolgte schliesslich der Schwenk zu *Jörg Haider* und seiner FPÖ. Trotz heftiger Proteste aus dem In- und Ausland und gegen den Widerstand von Bundespräsident *Thomas Klestil* eroberte *Wolfgang Schüssel* mit Hilfe *Jörg Haiders* für sich und seine ÖVP das politische Machtzentrum Österreichs.

Ob sich die langsame Erosion der christdemokratischen Bewegung durch eine von der ÖVP dominierte Koalition mit der FPÖ aufhalten lässt, ist ungewiss. Jedenfalls aber führte die schrumpfende Wählerschaft bislang keineswegs dazu, dass die ÖVP an Macht und Einfluss verlor. Im Gegenteil: Angesichts fehlender Regierungserfahrung der FPÖ und mangels eines funktionierenden Apparats hinter *Jörg Haiders* Nachfolgerin, *Susanne Ries-Passer* und ihrer Regierungsmannschaft, verfügt die ÖVP im Moment über mehr innenpolitischen Spielraum als je zuvor. Auch strategisch bleibt die ÖVP gut plaziert, solange in Österreich Sozialdemokraten und Grüne nicht mit der rechtspopulistischen FPÖ koalieren wollen. Ohne ÖVP – so scheint es – wird in der Alpenrepublik auf Zeit keine Regierung gebildet werden, so lange Rot-Grün keine Mehrheit gewinnt. Wären da nicht die Drohungen und Sanktionen der 14 anderen EU-Staaten, gäbe es nicht die negative Reaktion der internationalen Finanzmärkte und sässe in Kärnten nicht jener unberechenbare Landeshauptmann *Jörg Haider* trotz seines Rücktritts als FPÖ-Vorsitzender indirekt mit am Kabinettstisch, könnte *Wolfgang Schüssel* eigentlich mit sich zufrieden sein. ✦

Rainer Münz, geboren 1954 in Basel, ist seit 1992 Professor für Bevölkerungswissenschaft an der Berliner Humboldt-Universität. Davor war er Direktor des Instituts für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.